

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	56. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	17. Dezember 2013, 15:00 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

21.

Punkt 21 der Tagesordnung: Aufwertung der online-gestützten Bürgerbeteiligung in Karlsruhe

Antrag der Stadträtinnen Bettina Lisbach und Dr. Ute Leidig, der Stadträte Alexander Geiger und Johannes Honné (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 16. Oktober 2013

Vorlage: 2013/0158

Beschluss:

Einverstanden mit der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 21 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Geiger (GRÜNE): Dieser Antrag „Aufwertung der online-gestützten Bürgerbeteiligung in Karlsruhe“ entstand bei uns im Nachgang der Diskussion um das systematische Konzept zur Bürgerbeteiligung in Karlsruhe. Auch in diesem Bürgerbeteiligungskonzept gibt es unter der Ziffer 3 auf fünf ganzen Seiten Ausführungen dazu, was sich Karlsruhe in diesem Themenbereich der online-gestützten Beteiligungskultur noch alles vornehmen könnte und wo weitere Entwicklungschancen liegen, aber auch wo Grenzen liegen. Im Moment machen sich gerade einige Städte auf den Weg, stärker auch online-gestützte Bürgerbeteiligungsverfahren zu etablieren, beispielsweise Stuttgart, Trier oder auch Rostock.

Wir sind mit der Stellungnahme der Stadtverwaltung insoweit einverstanden, als wir ganz klar erkennen, dass die Intention unterstützt wird - das steht ja auch wörtlich drin -, und sind auch damit einverstanden, dass das Ganze im Rahmen einer Open-Government-Strategie diskutiert werden soll. Hinsichtlich der Auswahl der Pilotprojekte, die wir auch angesprochen hatten, möchte ich noch mal nachfragen. Es gab eine öf-

fentliche Vorlage im Jugendhilfeausschuss, wo angekündigt wurde, dass zum Otto-Dullenkopf-Park dort der Stadtjugendausschuss gerade in die dritte Fortschreibung geht und dort auch erstmals online-gestützte Teilnahmeverfahren mit zum Zuge kommen sollen. Das war zwar jetzt kein Beschluss des Jugendhilfeausschusses, sondern nur eine Kenntnisnahme. Ich würde aber gerne vorschlagen, dass man die Auswertung dieses Projektes sehr wohl mit heranziehen könnte für die Diskussion, die wir dann im Rahmen der Open-Government-Strategie verfolgen sollten.

Ansonsten - wie gesagt - sind wir sehr zufrieden mit der Antwort und verweisen gerne darauf, dass Stuttgart gerade sein erstes Pilotprojekt dazu durchgeführt hat und man auch im Internet nachgucken kann, inwieweit es schon dazu Rückmeldungen, Nachbereitung gibt. Das war die Begleitung der Bürgerversammlung in Obertürkheim. Uns ist bewusst, dass das, was wir vorschlagen oder einführen wollen, mit erheblich gesteigertem Arbeitseinsatz und evtl. auch Kosten verbunden ist. Die möchten wir gerne im Vorfeld dargestellt haben, sind aber trotzdem der Ansicht, dass schlicht und ergreifend uns die Realität und das gesteigerte Nutzungsverhalten von Onlinepartizipationskanälen dazu zwingt, auch bei der Stadt diesen Weg zu gehen. Wir danken für die zustimmende Stellungnahme, und ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen)

Stadträtin Melchien (SPD): Die SPD-Gemeinderatsfraktion unterstützt sowohl die Intention des Antrags als auch insbesondere die Stellungnahme der Verwaltung. Dabei ist für uns klar, dass die Instrumente nach den Inhalten ausgewählt werden, also passend zur jeweiligen Thematik, dass dazu bestehende Planungen in den Überlegungen berücksichtigt und außerdem die bereits gesammelten Erfahrungen und Erkenntnisse in die weiteren Entwicklungen einfließen werden.

Hervorheben möchte auch ich auch den von meinem Kollegen Geiger bereits angesprochenen Stadtjugendausschuss, der eben z. B. im Zusammenhang mit dem Otto-Dullenkopf-Park vorbildhaft Teilnahmeprozesse plant und initiiert, der aber auch allgemein in Bezug auf Liquid Democracy als Vorreiter voranschreitet. Davon können wir jetzt sicherlich auch profitieren, denn diese Thematik bietet für die städtischen Stellen in dreifacher Hinsicht eine besondere Herausforderung. Zum einen, wenn es darum geht, verschiedene, auch unterschiedlich motivierte Gruppen einzubeziehen, zum anderen, wenn es darum geht, die Risiken der Manipulation im Digitalen vorzubeugen und vor allem aber die Herausforderung, dass durch die Ausweitung der Onlinebeteiligung die Beteiligungsmöglichkeiten der Nichtnetzaffinen im Verhältnis dazu nicht eingeschränkt werden, also die Gefahr der so genannten digitalen Spaltung, die wir durchaus ernst nehmen sollten.

Deshalb fordern wir, mit Augenmaß den aufgezeigten Weg weiter einzuschlagen, die Partizipationsmöglichkeiten, die unsere Informationsgesellschaft theoretisch bietet, konkret zu eröffnen und dabei die bestehenden Ängste und die zum Teil jetzt schon aufgezeigten Befürchtungen mit erlebbaren Projekten abzubauen. Vor allem sollten wir als moderne Stadt die Kreativität unserer Karlsruherinnen und Karlsruher mehr nutzen.

(Beifall bei der SPD)

Stadtrat Golombeck (FDP): Dieses Projekt befindet sich eigentlich noch in der Entwicklungsphase. Ich finde es ganz gut, dass es schon verschiedene Experimente gab mit Entscheidungen. Es gibt in unserer Gesellschaft eben interessierte Bürgerinnen und Bürger, die gerne an Entscheidungsprozessen teilnehmen würden. Mit dieser Open-Government-Strategie bietet sich nun mal die Möglichkeit für mehr Transparenz und die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an den politischen Entscheidungen. Die Erfahrungen, die da gesammelt wurden, sind sehr wichtig, um es für die Zukunft noch feiner zu gestalten. Wie man aus der Stellungnahme entnehmen kann, wird im Frühjahr nächsten Jahres das Ganze noch einmal genau erklärt, diskutiert und dann auch dem Gemeinderat vorgestellt.

Es ist auch schon gesagt worden - das weiß man jetzt schon -, dass das mehr Personal und mehr Kosten mit sich bringt. Ich kann diesem Projekt eigentlich nur alles Gute wünschen.

(Beifall bei der FDP)

Stadtrat Dr. Fischer (KAL): Wir begrüßen diese Government-Studie oder dieses Konzept, das da entwickelt werden soll. Das ist überfällig, und wir freuen uns, dass da rangegangen werden soll. Es wird ja ein Beispiel in der Antwort der Verwaltung genannt, aus dem man viel lernen kann. Beim Integrierten Stadtentwicklungskonzept - ISEK - gab es so eine Rudimentärform von Onlinebeteiligung. So etwas scheitert grandios. Wenn wir so etwas machen wollen, dann müssen wir damit auch animieren, daran teilzunehmen. Digitale Demokratie funktioniert nicht, indem ich einfach nur sage, kommt und macht mit, wer nicht mitmacht, hat Pech gehabt, sondern wir müssen dann auch dafür werben, es muss Spaß machen, es muss auch einen spielerischen Charakter haben. Das kostet Geld. Das wird bedeuten, wir werden beim nächsten Haushalt auch Geld dafür einstellen müssen. Aber wir müssen es tun, denn ich habe im Vergleich mit Stadträtin Melchien weniger die Angst, dass wir zu sehr ins Digitale abrutschen. Wir bieten so viele tatsächliche Bürgerveranstaltungen, reale Bürgerforen. Wer dort hingehet, sieht auch ganz genau, wer da hinkommt. Das ist eine ganz bestimmte Altersklasse, eine ganz bestimmte gesellschaftliche Gruppierung, die auch Zeit hat, dahin zu gehen. Wir können über die digitale Geschichte, über diese Onlinebeteiligung, auch Menschen erreichen, die wir sonst eben nicht mehr für Demokratie erreichen. Deswegen halten wir es für absolut überfällig.

Jetzt habe ich noch eine kleine Anregung, eine ganz einfache Bürgerbeteiligung. Letztendlich ist - dieses Thema wurde heute auch schon gestreift - der Gemeinderat als das repräsentativ gewählte Gremium der Bürger, die Vertretung der Bürger, schon mal die wichtigste Bürgerbeteiligung an sich. Wenn Sie aber zurzeit, seit der Veränderung der Website, die sicher gute Gründe hat, versuchen, als normaler Bürger auf der städtischen Website etwas herunterzuladen, dann müssen Sie Experte im Denken um vier Ecken sein, um an den Punkt zu kommen, wo man diese Unterlagen herunterladen kann. Meine dringende Bitte ist - ich habe es schon ein paar Mal als E-Mail verschickt, aber es hat sich noch nichts geändert -, schafft eine Schnittstelle, dass Bürgerinnen und Bürger oder auch Pressevertreter, die mich dann anrufen und fragen, ob ich die Vorlage habe, das auch finden, denn ich kann zurzeit nicht sagen, ladet sie doch down auf der Websi-

te, denn dann müsste ich erst fünf Links erklären, wie man dahin kommt. Bitte macht das so einfach, dass es jeder versteht.

Stadtrat Wenzel (FW): Klares Ja von Seiten der Freien Wähler für diese Entscheidung.

Ich möchte nur ergänzend sagen, das hat der Herr Fischer jetzt im vorletzten Satz gesagt. Wir müssen es natürlich begleiten, denn das Publikum, das live zu den Veranstaltungen kommt, ist nicht gleich oder nur teilweise mit dem, die dann im Internet dabei sind. Deshalb muss man da aktiv werden. Das darf man bei der Sache nicht vergessen.

Der Vorsitzende: Nach so viel Zustimmung habe ich den Eindruck, dass Sie alle dem Grünen-Antrag zustimmen und wir uns beauftragt fühlen, in diesem Sinne weiter tätig zu sein. Die entsprechenden Ergänzungen und Anregungen nehmen wir natürlich auf und versuchen das zu bereinigen. Dann können wir den Tagesordnungspunkt an dieser Stelle abschließen.

Zur Beurkundung:

Der Schriftführer:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
7. März 2014